

Schuld sind nur die Rechtsradikalen?! - *White Supremacy*¹ als gesamtgesellschaftliches Problem in Deutschland

Kommentar von Dr. Sunny Omwenyeye (September 2024)

Im November 2023 trafen sich in einem Hotel nahe Potsdam führende Politiker:innen der extremen Rechten, Sympathisant:innen und Unternehmer:innen der gleichen Gesinnung. Dort wurden die Pläne der rechtsextremen Partei für die Zeit nach ihrer Machtergreifung in aller Klarheit und Ausführlichkeit vorgestellt und diskutiert. Manche ihrer Pläne sind nicht allzu weit entfernt von den grausamsten Geschehnissen des so oft-bemühten „dunkelsten Kapitels der deutschen Geschichte“. Gleichzeitig jedoch sind sie auch den Erfahrungen, die Refugees² und Migrant:innen in den letzten drei Jahrzehnten in Deutschland gemacht haben bzw. machen, nicht unähnlich. Es ist nicht nötig, die hässlichen Details jener Pläne hier wiederzukäuen. Es reicht hervorzuheben, dass sie unter anderem deutlich machten, dass mit ihnen das Streben nach einer Diktatur mit aller Konsequenz verwirklicht werden würde, anstelle der gegenwärtigen Demokratie in Deutschland.

Was die Organisator:innen und Teilnehmenden des Treffens nicht wussten, war, dass ihr Treffen von der investigativ-journalistischen Organisation Correctiv heimlich dokumentiert wurde (<https://correctiv.org/events/veranstaltungsreihe-afd-komplex>). Die Inhalte wurden Anfang des Jahres veröffentlicht und sorgten für einen nationalen Eklat, Fassungslosigkeit und breite Ernüchterung. All dies geschah vor dem Hintergrund der bekannt gewordenen Umsturzpläne aus dem Reichsbürger-Milieu 2022 (<https://www.bbc.com/news/world-europe-63916809> und <https://ctc.westpoint.edu/the-december-2022-german-reichsburger-plot-to-overthrow-the-german-government/> oder auf Deutsch: <https://www.dw.com/de/reichsb%C3%BCrger-prozess-in-m%C3%BCnchen-beginnt/a-68909166>).

Als Reaktion auf die Correctiv-Veröffentlichung gab es in praktisch jeder größeren deutschen Stadt große Demonstrationen, in einigen Städten sogar mehrfach. Diese Demos wurden zum Teil von Leuten organisiert und besucht, die noch nie an irgendeiner Demo teilgenommen, geschweige denn selbst organisiert hatten – nicht von denen, die üblicherweise solch kollektive Aktionen für gesellschaftlichen Wandel organisierten. Die Demos waren eine Antwort auf die gerechtfertigte, weitverbreitete Angst innerhalb der Bevölkerung, welche die rechtsextremen Pläne auslösten. Viele, die den Slogan „Nie wieder“ immer hochgehalten hatten,

¹ „ ‚White Supremacy‘ lässt sich [im Folgenden] als ‚weiße Vorherrschaft‘ übersetzen, sie behauptet eine angebliche ‚Überlegenheit der weißen Rasse‘. Der Begriff war zuerst in den USA üblich und geht zurück auf die Zeit der Sklaverei, mit der *weiße* Siedler durch die Ausbeutung schwarzer [sic!] Sklavenarbeiterinnen und -arbeiter ihren Reichtum schufen. Heute gilt ‚White Supremacy‘ allgemein als Sammelbegriff für rassistische Ideologien und gesellschaftliche Strukturen. [...] In der Wissenschaft wird der Begriff gelegentlich als Ersatz für das Wort ‚Rassismus‘ verwendet. Hier dient er zur Beschreibung gesellschaftlicher Systeme, in denen nichtweiß gelesene Menschen auf verschiedensten Ebenen (politisch, sozial, kulturell, finanziell) alltäglich strukturell benachteiligt werden.“ (Quelle: bpb, <https://www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/dossier-rechtsextremismus/516452/white-supremacy/>)

² Politische Selbstbezeichnung aus dem Englischen von Menschen, die aufgrund ihrer Flucht- oder Migrationsgeschichte Diskriminierung erleben

fühlten sich durch die zunehmende Bedrohung einer potenziellen rechtsextremen Regierung in Deutschland zurück katapultiert in die wenig beneidenswerte deutsche NS-Vergangenheit. Zudem nutzten führende Politiker:innen aller Mainstream-Parteien ihre Teilnahme an den Demos, um scheinheilig und opportunistisch die rechtsextreme Partei zu „verdammten“ und ihre „Bedrohung für die Demokratie“ zu beklagen. Alles in Allem war der Grundtenor des durch die geleakten Pläne ausgelösten Aufschreis, dass die Pläne der rechtsextremen Partei das Ende „unserer Demokratie“ und die Wiederherstellung einer Diktatur im Stile der Nazi-Ära einläuten könnten.

Und wer könnte schon jenen Menschen böse sein, die angesichts solcher Pläne in Panik verfielen, wo doch die Äußerungen und Absichten der Hauptprotagonist:innen der extremen Rechten auf so fürchterliche Weise denen der NS-Zeit glichen?

Als Menschenrechtsaktivist mit Fluchterfahrung und jahrelanger Expertise in den Bereichen Selbstorganisation, Empowerment, Solidarität und im Kampf für die Würde und Gleichheit von Refugees, wuchs meine Abscheu mit jeder Rede, die ich auf diesen Demos anhörte.

Ein:e Sprecher:in nach der anderen beklagte die aktuelle politische Lage der Nation, das Erstarken der extremen Rechten und die schlummernde Bedrohung für die Demokratie, die der absehbare Erfolg der Rechtsextremen herbeiführen würde.

„Wir sind eine Demokratie!“, wurde uns gesagt. Und: „Wir müssen diese Demokratie bewahren“ - indem wir Gewinne der Rechtsextremen an den Wahlurnen um jeden Preis verhindern. Wir wurden mit großer Dringlichkeit aufgefordert, unsere Freund:innen und Verwandten in Scharen zum Wählen zu bringen, um sicherzustellen, dass die etablierten politischen Parteien an der Macht blieben – mehr aber auch nicht. Kaum ein:e Redner:in ging weiter als eine Einheit „aller demokratie-liebenden Menschen“ gegen Rechts zu fordern, um deren Machtergreifung bei der nächsten Wahl zu verhindern. Für die meisten der Teilnehmenden und Organisator:innen beginnt und endet das Problem mit der rechtsextremen Partei. Die Lösung ist daher simpel: „Vereint euch und stoppt sie!“ – dann ist alles gut. Fantastisch!

Häufig hatten diese Demos eine Art Wohlfühl-Charakter: Viele Teilnehmende fühlten sich gut auf den Veranstaltungen, weil Tausende sich offen gegen Rechts bekannten. Bei der tollen Atmosphäre und Musik waren sie stolz darauf, auf der Straße zu sein, um endlich „die extreme Rechte“ auf ihrem Weg zur wahnsinnigen Herrschaft zu stoppen. Es gab also immer diese gewisse Straßenfest-Stimmung. „Wir sind mehr!“, hörte ich die Teilnehmenden oft skandieren.

Was allerdings ganz offensichtlich wurde, war das absolut fehlende Verständnis für den Ernst der Lage und der Konsequenzen für marginalisierte Gruppen, die die Wahlgewinne der extremen Rechten nach sich zögen. Und das, obwohl diese Konsequenzen von der Partei selbst ausführlich proklamiert wurden. Selbst, wenn wir uns einig sind, dass die Bedrohung für die Demokratie ein übergreifendes Thema war, kann doch niemand leugnen, dass – im Falle einer Machtergreifung der extremen Rechten – die marginalisierten Gruppen von Refugees, Schwarzen,

People of Colour, LGBTQ, Menschen mit Behinderungen usw. die Haupt-Zielscheibe der rechtsextremen Pläne bleiben würden.

Es lässt sich nicht leugnen, dass diese Pläne eine Intensivierung der bereits bestehenden Gewalt und Aggression gegen diese marginalisierten Gruppen vorsehen, welche bereits jetzt tödlich enden und dennoch weder Aufmerksamkeit von der Presse noch Hilfe aus der Politik nach sich ziehen. Doch diese ernstesten Themen wurden bei all den Demos – wenn überhaupt – nur als Randnotiz erwähnt. Der Grundtenor war: Abgesehen vom Problem der extremen Rechten ist alles gut bei uns! Wir wollen jene Normalität einer Demokratie, so wie wir sie kennen, bewahren.

Kein einziges Mal wurde die Brutalität dieser „Normalität“ gegen Marginalisierte thematisiert. Niemand benannte die Gewalt, mit der uns diese „Normalität“ zugrunde richtete und immer noch tagtäglich richtet. Die meisten Demonstrierenden blieben davon unbekümmert; Rassismus- und Diskriminierungserfahrungen innerhalb dieser „Normalität“ waren ihnen gleichgültig.

Falls es für diese zutiefst frustrierende und entmutigende Einschätzung überhaupt noch einer Bestätigung bedurfte, so wurde sie prompt durch Erfahrungen geliefert, die einige von uns auf einer der Demos machten. Bei jener Demo sammelte eine Gruppe von Refugee-Unterstützer:innen Unterschriften gegen die offensichtlich diskriminierende Bezahlkarte (<https://weact.campact.de/petitions/nein-zur-bezahlkarte-in-bremen>), die in vielen Bundesländern ausschließlich für Geflüchtete eingeführt werden sollte [und wurde].

Auf einer Demo, bei der Tausende auf der Straße waren, um angeblich gegen Rassismus, Diskriminierung, Rechtsextremismus und eine potenzielle Diktatur mit allen Konsequenzen zu protestieren, verweigerten viele nicht nur die Unterschrift gegen die staatlich sanktionierte, diskriminierende Bezahlkarte, sondern drückten sogar ihr Einverständnis damit aus, dass Refugees derart diskriminiert werden dürften. „Ist doch kein Problem, das is' okay, das is' in Ordnung“, wurde uns mehrfach gesagt.

Dieses Beispiel führe ich an, um meine Kernaussagen in diesem Kommentar zu untermauern. Ich möchte damit Erstens argumentieren, dass es zu billig und zu einfach ist, die extreme Rechte als „Das Problem“ in diesem Land hinzustellen und mit dem Finger darauf zu zeigen, wie es die meisten Menschen gerade bei den Demos und in sonstigen Reaktionen tun. Dieses Fingerzeigen nämlich erlaubt den meisten Menschen einen vollkommenen Zustand der Selbsttäuschung. Denn wer nur mit dem Finger auf andere zeigt, kann angenehmerweise die eigene Rolle, Verantwortung und Beteiligung an dem Problem übersehen oder ignorieren – sei es die eigene Sozialisierung oder persönliche Einstellungen, Vorurteile und Privilegien. Das trifft sowohl auf individueller Ebene zu, als auch auf der Ebene derjenigen, die politische Ämter und Verantwortung tragen.

Die Bequemlichkeit dieser Selbst-Leugnung nimmt allen – sowohl auf individueller als auch gesellschaftlicher Ebene – den notwendigen Raum für kritische Selbstreflexion, welche eine weiß dominierte Gesellschaft bitter nötig hat, deren soziokulturelle, pädagogische, politische und ökonomische Institutionen auf den ideologischen Grundfesten einer weißen Vorherrschaft fußen.

Nehmen wir zum Beispiel das Thema der Immigration – insbesondere von Geflüchteten und Asylsuchenden. Dieses Thema steht ganz oben auf der Liste der rechtsextremen Partei. Wie bereits erwähnt, haben Politiker:innen aller etablierten Parteien – links wie rechts – sich nach den Correctiv-Veröffentlichungen dem Chor derer angeschlossen, die die rechtsextremen Pläne verurteilten. Es sei aber daran erinnert, dass die rechtsextremen Parteien seit dem Ende der NS-Zeit nicht mehr an der Macht waren und dementsprechend nicht dafür verantwortlich sein können, dass Asylrechte und Internationaler Schutz in Deutschland sukzessive abgeschafft wurden. Beim Thema Immigration, Flucht und Asyl (ein heißes Eisen für deutsche Parteien!) sind es also die etablierten Parteien – abermals links wie rechts –, die einige der abscheulichsten Maßnahmen der letzten Jahrzehnte nicht nur propagiert sondern auch vollständig umgesetzt haben, z.B. in Form von Lagern und Abschiebungen mit all der einhergehenden Gewalt und Entmenschlichung.

Die rassistische Dämonisierung von Geflüchteten und Asylsuchenden als Mittel für Stimmenfang ist eine wiederkehrende und offen eingesetzte Strategie von Regierungsparteien seit Helmut Kohl. Während also das Streben nach unbegrenzten Massendeportationen ein Traum der rechtsextremen Partei bleibt, ist es faktisch bereits grundlegende Realität der etablierten Regierungsparteien der letzten 30 Jahre. Und das alles trotz internationaler Verpflichtungserklärungen, die Deutschland als Unterzeichnerin internationaler Schutzkonventionen gesammelt hat. Ich bitte Euch, erspart mir die Schlagzeilen, wie viele Geflüchtete Deutschland aufnimmt! Wenn also die etablierten Parteien und Politiker:innen sich nun darauf ausruhen, lediglich die extreme Rechte für Vorstöße zu verurteilen, die ebenjene Parteien selbst seit Jahrzehnten umsetzen, dann heißt das, dass sie weder ihre eigenen politischen Entscheidungen bilanzieren, noch reflektieren, wie sie selbst den Samen gesät und gehegt haben, dessen Früchte nun reif sind. Und genau deshalb ist ihre Schuldzuweisung heuchlerisch.

Meiner Meinung nach senden diese Politiker:innen mit ihrer Teilnahme an den Demonstrationen gegen eine potenzielle Machtergreifung der extremen Rechten daher folgende Botschaft: „Wir können und wir machen bereits Dinge, die die extreme Rechte vorschlägt. Wir werden mehr dergleichen tun, und wie ihr seht, haben wir die Anzahl der Abschiebungen bereits erhöht. Klar können wir noch eine Spur anziehen, ohne es derart zu übertreiben wie in den Plänen der Rechtsextremen. Lasst uns also die Rechten draußen halten und uns selbst im Amt, im Sinne der Demokratie, wie wir sie kennen.“ Sie mögen faktisch recht haben, aber insgesamt ist es gelinde gesagt trügerisch, da die Politiker:innen nicht transparent machen, welche Rolle sie selbst bei der Wegbereitung für den Erfolg der Rechtsextremen gespielt haben bzw. spielen. Sie manipulieren die Öffentlichkeit, um ihre eigene Rolle in der ganzen Affäre zu verschleiern und sich reinzuwaschen, während sie gleichzeitig versuchen, ihre Macht zu erhalten, und ihre unmenschliche, grausame Asyl- & Fluchtpolitik fortzusetzen. Sie sind mit dem Aufstieg der extremen Rechten komplett verwoben und Schuld daran.

Zudem ist das Problem wesentlich tiefgreifender und lässt sich nicht mit einem Fingerzeig nach rechts lösen, wie ich im Folgenden zeigen möchte.

Zweitens, und wesentlich wichtiger nämlich, ist, dass das Problem in der Ideologie einer *weißen Vorherrschaft* fußt, die der Mehrheit der *weißen* deutschen

Bevölkerung fälschlicherweise die Annahme indoktriniert, sie sei überlegen, und das „Andere“ sei demnach minderwertig.

Sobald eine Gruppe von Menschen als „minderwertig“ betrachtet wird (egal, wie falsch diese Betrachtung sein mag!), fällt es denjenigen, die sich selbst – bewusst oder unbewusst – in der überlegenen Rolle glauben, schwer einzusehen, warum eine Diskriminierung des „Anderen“ überhaupt falsch sein sollte.

Dies ist ein ernstzunehmendes, gefährliches Problem, und viel weiter verbreitet als gemeinhin angenommen. Ich beschreibe an anderer Stelle (<https://thevoiceforum.org/node/4867>), dass die Mehrheit der *weißen* Menschen in diesem Land die tagtägliche Gewalt, Entmenschlichung und Brutalität (auf individueller, institutioneller und gesellschaftlicher Ebene) gegenüber Schwarzen Menschen, People of Color, LGBTQ und Menschen mit Behinderung u.s.w. ohne Skrupel akzeptiert, ja sogar rechtfertigt, wenn sie das fälschliche Überlegenheitsgefühl erst einmal verinnerlicht hat.

Die Gewalt und Todesfälle, die Schwarze und People of Color in den Händen der Polizei, gepaart mit kontinuierlichem Racial Profiling, erfahren, sind nachvollziehbare Gründe, warum die meisten Menschen aus marginalisierten Communitys keine großen Fans der Polizei als Institution sind. Tagtäglich findet diese Polizeigewalt vor den Augen *weißer* Deutscher statt, die zu wissen meinen, dass es Aufgabe der Polizei sei, der Bevölkerung zu „dienen und sie zu beschützen“ – einer Bevölkerung, die angeblich Minderheiten und marginalisierte Communitys jeder Art mit einschließt. Trotzdem billigen viele *Weiße* die gewaltsame Behandlung dieser Gruppen durch die Polizei und finden Rechtfertigungen für sie.

Die Mehrheit der *weißen* Deutschen sieht und liebt, wie die Polizei mit diesen Gruppen umgeht. Deshalb gibt es von ihnen statt eines Aufschreis Akzeptanz und breites Schweigen.

Sofern die Opfer öffentlich gegen diese Behandlung protestieren, werden sie noch weiter belächelt, zurechtgewiesen und kritisiert für ihre mangelnde Wertschätzung der „guten Arbeit“ der Polizei. Die Polizei als Institution bleibt genau deshalb eine der beliebtesten Institutionen der meisten *weißen* Deutschen, weil sie deren gewaltvolle Fantasien realisiert. Fantasien, die aus einem widerlichen Überlegenheitskomplex gegenüber dem „Anderen“ herrühren und zutiefst verwurzelt sind in der Ideologie *weißer Vorherrschaft* und der darauf fußenden Sozialisierung und fortbestehenden Mentalität. Aufgrund dieses ideologischen Unterbaus war und ist es für die breite Öffentlichkeit annehmbar, wie sämtliche Regierungen der letzten Jahrzehnte in Deutschland Refugees dämonisiert haben.

Die Ideologie einer vermeintlichen *weißen Vorherrschaft* ist die Wurzel des Gezeters von Einwanderungsfeinden in diesem Land. Sie ist auch der Grund für die Regelmäßigkeit, mit der Mainstream-Parteien vor jeder Wahl ihre Negativität und Garstigkeit gegenüber Refugees nach oben fahren – und Abschiebungen als ultimatives Ziel setzen, um sich die Mehrzahl der einwanderungsfeindlichen Stimmen zu sichern. Wahlkämpfe scheinen oft entlang der Frage zu verlaufen, wer gegenüber Refugees am gehässigsten sein kann. Sie gleichen einem Wettlauf ins Bodenlose, auf dem Rücken von Refugees – einem Wettlauf in die verdorbenen Tiefen der Boshaftigkeit sozusagen.

Das Resultat dieser Haltung und Praxis beobachten wir nun in den Plänen der Rechtsextremen. Sie sind kein Zufallsprodukt, das vom Himmel gefallen ist. Ihre Saat wird seit Langem von praktisch allen Machthabenden gesät und gehegt, und das Schweigen und Hinnehmen der Öffentlichkeit hat sie gedeihen lassen. Die mittlerweile fast schon reifen Früchte zeigen sich erst jetzt. Neben dem bereits erwähnten Beispiel der Bezahlkarte könnte man zahlreiche andere Belege für staatliche Diskriminierung im obigen Sinne anführen. Ich möchte mir hier zwei Beispiele herauspicken.

Das erste ist die Diskriminierung von afrikanischen Geflüchteten aus der Ukraine. Ihnen wurden ungeheuer offensichtlich jene Möglichkeiten verwehrt, die *weißen* ukrainischen Geflüchteten geboten wurden, obwohl beide Gruppen vor demselben Krieg und denselben Bomben geflohen waren. Das ist aufschlussreich. Denn auch wenn wir uns möglicherweise lieber vom Gegenteil überzeugen lassen würden, liefert uns die Regierung – bestehend aus den Mainstream-Parteien – fortlaufend unmissverständliche Beweise dieser Art für staatliche Diskriminierung (<https://innn.it/RefugeeEquality>; Babalola, Jimoh Jamiu: Europeans came to Africa without visa. They looted and destroyed.; <https://voicesofresistance.de>; <https://www.dw.com/en/africans-fleeing-ukraine-accuse-germany-of-double-standards/a-61879479>).

Dasselbe gilt für das zweite Beispiel, nämlich die Behandlung von Refugees während der Corona-Pandemie in zahlreichen Lagern. Während Mitglieder der „Mehrheits“-Gesellschaft Strafen zahlen mussten, wenn sie sich nicht an die Isolationsregelungen hielten, wurden z.B. in Bremen 700 Refugees in einem einzigen Gebäude zusammengepfercht und mussten in Gruppen à 40 Leuten im Speisesaal essen. Sie mussten in Zimmern schlafen, deren Fenster sich nicht öffnen ließen, und hatten nur über die Waschbecken in den Gemeinschaftstoiletten Zugang zu Trinkwasser (<https://togetherwearebremen.org/report-lindenstrasse-corona/>; <https://togetherwearebremen.org/updates-from-shut-down-lindenstrasse-aktuelle-entwicklungen-waehrend-der-corona-krise/>; Böhme, Claudia and Schmitz, Anett (2022): Refugee's agency and coping strategies in refugee camps during the coronavirus pandemic: ethnographic perspectives: Pp.6-9 in Comparative Migration Studies (<https://doi.org/10.1186/s40878-022-00302-3>); <https://www.interfacejournal.net/wp-content/uploads/2020/07/Interface-12-1-Perolini.pdf>; <https://asylumineurope.org/reports/country/germany/reception-conditions/housing/conditions-reception-facilities/>; <https://www.theafricancourier.de/living-in-germany/coronavirus-half-of-refugees-at-german-camp-test-positive/>). Es gab keine Möglichkeit, sich an die Abstandsregeln zu halten. Daher war es kaum überraschend, dass die Anzahl an Infektionen in diesem Lager deutlich über dem Durchschnitt der Bremer Gesamtbevölkerung lag. Und dieser Fall ist nicht nur für Bremen exemplarisch.

Es geht hier nicht darum, all die grausamen Beispiele wiederzugeben, die die These der *White Supremacy* und der einhergehenden Sozialisation und Haltung belegen. Ich möchte vielmehr deutlich machen, dass es jenseits der Angst vor einer drohenden Diktatur und des Fingerzeigens auf rechte Kreise ein weitaus schwerwiegenderes Problem gibt, das in den bisherigen Reaktionen auf das geheime Treffen weder benannt noch überhaupt begriffen wurde.

Meiner Meinung nach haben die Organisator:innen und Teilnehmenden der verschiedenen Demos die Problematik entweder bewusst übersehen oder aber mit dem Ausklammern dieses Aspekts ihre absolute Ignoranz belegt. Das Ziel hier ist demnach, die Aufmerksamkeit für dieses Thema zu schärfen und jede:n Einzelne:n dazu aufzurufen, sich selbst diesbezüglich kritisch und aufrichtig zu hinterfragen. Denn wenn wir das Problem der extremen Rechten wirklich ernsthaft adressieren wollen, wird es definitiv nicht ausreichen, mit dem Finger auf andere zu zeigen.

Um Missverständnissen vorzubeugen: Ich teile die Ansicht voll und ganz, dass die extreme Rechte eine Bedrohung für die Demokratie darstellt. Allerdings gibt es eine weit größere Gefahr für die Demokratie, die viel heimtückischer ist, der Bedrohung von rechts außen vorausgeht und parallel dazu weiter besteht. Und diese Gefahr wurde bisher weder anerkannt noch adressiert. Deshalb kann ich mir einen verbitterten Seufzer nicht verkneifen, während ich den landesweiten Demos folge. Ich zerbreche mir den Kopf über das, was sich vor meinen Augen entfaltet. Seit drei Jahrzehnten haben Gruppen von Refugees und Migrant:innen davor gewarnt – doch nicht einmal unsere Unterstützer:innen (von den adretten Liberalen bis hin zu den sogenannten Linksradiكالen) verstanden uns und nahmen uns ernst. Und die, die uns ernst nahmen, dachten, wir würden nur den Teufel an die Wand malen.

Jetzt aber stehen wir bei diesen Demos und fragen: Haben sie ihre Lektion gelernt? Die Zukunft wird es zeigen.

Zum Abschluss scheint es mir angebracht, noch einen kurzen Gedanken zum Thema „Demokratie“ zu teilen. Wie bereits beschrieben, ist der „Kampf für die Demokratie“ aus gutem Grund zum Schlagwort für all die Demos und Aktionen geworden. Das ist kein Zufall, denn die Bedrohung für die Demokratie ist real und spürbar. Eine kritische Reflexion des Themas aber würde uns bewusst(er) machen, dass wir es mit einem Problem zu tun haben, das über die extreme Rechte und die Demokratie hinausgeht. Zum Einen wird der demokratische Prozess hier gemeinhin so verstanden, dass „eine Stimme pro Person“ gilt, was schlussendlich bedeutet, dass – in Abhängigkeit von nationalen Dynamiken und Aushandlungen – die Partei mit den meisten Stimmen oder eine mehrheitsbildende Koalition das Land regiert.

Schauen wir zurück in der Geschichte, sehen wir, dass Deutschland bereits Erfahrung damit hat, aus einer Demokratie heraus eine Diktatur herzustellen. Was lernen wir aus dieser Erfahrung in Bezug auf die gegenwärtige Bedrohung für die Demokratie? Es gibt viele Lektionen daraus zu ziehen und es gibt klügere Köpfe, um diese offenzulegen. Ich möchte lediglich anmerken, dass unser Problem keines der Demokratie sein kann, wenn – wie im Beispiel des Deutschlands der 1930er Jahre – eine Demokratie schlussendlich eine Diktatur hervorgebracht hat. Denn Demokratie spiegelt lediglich den Willen der Mehrheit der Bevölkerung wieder und in diesem Falle war das Resultat eine Diktatur. (Das gilt natürlich nur, wenn wir annehmen, dass die Menschen freiwillig ihr Wahlrecht ausgeübt haben und nicht dazu gezwungen wurden.)

Das Problem bzw. die Lösung kann daher nicht „die Demokratie“ an sich sein; deshalb sollte die zentrale Frage lauten: Was führt dazu, dass immer mehr Menschen die Diktatur einer Demokratie vorziehen? Es gibt zahlreiche Hypothesen für die Gründe dieser Entwicklung.

Vergleicht man die wesentlichen Aspekte der Demokratie der Weimarer Republik (und der vorangegangenen Epoche) mit denen der rechtsextremen Partei in der gegenwärtigen „normalen“ Demokratie, sind die Parallelen recht offensichtlich. Beide sind maßgeblich von den ideologischen Grundsätzen einer *weißen Vorherrschaft* und ihren gewaltsamen Implikationen sowie in großem Maße von verstärkter patriarchal-männlicher Gewalt geprägt, wobei sich letztere tagtäglich in steigenden Zahlen von Femiziden und Angriffen auf LGBTQ-Communitys und andere marginalisierte Gruppen äußert. Die weit verbreitete Panik, mit der die Veröffentlichungen vom Correctiv rezipiert wurde, rührt aus dem Wissen um diese Parallelen zwischen damals und heute und um die möglichen Konsequenzen.

Wir müssen uns allerdings eingestehen, dass auch damals die Menschen im vollen Wissen um die Pläne und Versprechungen der Nazis an die Urnen traten, da deren Vorhaben gut dokumentiert und kommuniziert waren. Mit ihrer demokratischen Stimme entschieden sich die Leute für die Diktatur der Nationalsozialist:innen. Ebenso wie ihre Vorgängerin in den 1930er Jahren, scheut auch die moderne Rechte nicht davor zurück, ihre Vorhaben zu dokumentieren und öffentlich darzulegen. Auch diejenigen, die heute bereit sind, die Macht in die Hände dieser extremen Rechten zu legen, tun dies also nicht aus Unwissenheit.

An dieser Stelle ist es wichtig zu rekapitulieren, dass es ein zentrales Argument vieler rechter Wähler:innen ist, dass ihre Stimme für rechts-außen eine „Protestwahl“ gegen die etablierten Parteien sei. Doch aus einer Perspektive der Marginalisierten, der „Anderen“, ergibt sich daraus doch die Frage: Was genau bedeuten denn die demokratischen Stimmen der Protestwähler:innen für die Marginalisierten, wenn nicht Vertreibung oder gar Auslöschung?

Es ist genau diese Frage, die erklärt, warum das aktuelle Erstarken der extremen Rechten Erinnerungen an das Nazi-Regime wachruft und zur breiten Panik führt.

Klar ist, dass solch „demokratisches Protestwählen“ den Schutz und die Sicherheit der Marginalisierten nicht gewährleisten wird – genauso wenig, wie es die Stimmen für die etablierten Parteien bisher gewährleisten konnten. Unter den gegebenen Umständen würden die Protestwähler:innen schlicht die Marginalisierung der „Anderen“ stützen, fördern und verschärfen. Also ja: Wenn Sie mich fragen, mag die Demokratie durchaus gefährdet sein – aber die hiesige Demokratie ist mit ihrer Ideologie einer *weißen Vorherrschaft* und der entsprechenden Sozialisierung und Grundhaltung ganz offensichtlich selbst Teil eines viel weitreichenderen Problems. Und deshalb muss der Kampf gegen Rechts unbedingt über die „Rettung“ unserer (bekannten) Demokratie hinausgehen, wenn das Problem der extremen Rechten wirklich angegangen werden soll.

Der Aufstieg der extremen Rechten und der damit verbundenen Probleme kann nicht dadurch gelöst werden, dass deren ideologische Wurzeln ignoriert werden, und man sich darauf beschränkt, eine Demokratie zu bewahren, die das grausame Sterben entlang der Grenzen, in der Sahara-Wüste, im Mittelmeer in Kauf nimmt und fortführt – ganz zu Schweigen von der Polizeigewalt, den unmenschlichen Lebensumständen in den Lagern für Geflüchtete und der Gewalt gegenüber Menschen mit Behinderung und LGBTQ-Communitys in Deutschland.

Dr. Sunny Omwenyeki ist Gründer des Bremen Solidarity Centre (BreSoC) e.V. und Together We Are Bremen (TWAB). Er ist Trainer für Empowerment und derzeit Lehrbeauftragter an der Universität Bremen und der Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg.